

Stellungnahme von Jenny Meyer, Mitglied im Sprecherrat des Karl-Liebknecht-Kreises Brandenburg zum Beitragsstreik

Die Auseinandersetzung in der Partei und letztendlich Entfremdung zu Andersdenkenden begann spätestens mit den Reaktionen einiger Bundestagsfraktionsmitglieder und Parteivorstandsmitglieder nach Sahra Wagenknechts Bundestagsrede am 08. September 2022. Aber auch nach Briefen von Hans Modrow, Christa Luft, später Michael Brie setzte kein Besinnen oder Dialog ein. Daraufhin gründete sich der Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg.

Spaltung der Partei nach innen und Orientierungslosigkeit und Opportunismus nach außen setzten sich fort. Dies wurde offensichtlich beim inkonsequenten Agieren des Parteivorstandes bei Forderungen von Genossen nach Waffenlieferungen, überhaupt bei der Einordnung des Konflikts in der Ukraine, der ohne Vorgeschichte vom Himmel gefallen ist. Des Weiteren wurde eine Strategie der Schwächung und Spaltung der Partei fortgesetzt bei der Demobilisierung zum Aufstand für den Frieden am 25. Februar 2023 und der Diffamierung von Genossinnen und Genossen und der Friedensbewegung.

Dies hat einen unermesslichen Schaden für die deutsche Linke und die Friedensbewegung zur Folge. Wir als LAG Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg wollen einen anderen Kurs und da die vorgesehenen Strukturen und Regularien zu starr sind, keine Veränderungen zulassen und die Verantwortlichen nicht zu Gesprächen bereit sind, sehen wir uns zum Streik gezwungen.

Es ist unsere Partei und unser Programm, um das wir kämpfen. Deshalb fordern wir vom Landesvorstand sich vom Vorstandsbeschluss „Unserer Verantwortung gerecht werden: Die Linke als plurale sozialistische Partei erhalten“ vom 10.06.2023 zu distanzieren und den Rücktritt des Parteivorstandes.